ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ragnitz, Joachim

Article

Messung von Armut: Aufgepasst! – Ein Kommentar zum „Armutsbericht 2011“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Ragnitz, Joachim (2012) : Messung von Armut: Aufgepasst! – Ein Kommentar zum „Armutsbericht 2011“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 19, Iss. 1, pp. 3-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169979

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Messung von Armut: Aufgepasst! – Ein Kommentar zum „Armutsbericht 2011“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Joachim Ragnitz*

Kurz vor dem Jahreswechsel erschreckte der Paritätische Wohlfahrtsverband die Öffentlichkeit mit dem Befund, dass trotz der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung die Armut in Deutschland auf unverändert hohem Niveau verharre. Zwischen 2005 und 2010 habe die sogenannte Armutsgefährdungsquote nicht nur nicht abgenommen, sondern sei in einigen Regionen sogar überproportional angestiegen. Insbesondere die Ruhrgebietsstädte stächen hier hervor; dort sei die Armutsgefährdungsquote im genannten Zeitraum teilweise um mehr als 25 % angestiegen. Angesichts dieser Tendenzen warnte der Hauptgeschäftsführer des Verbands sogar vor armutsbedingten Unruhen, die zu gesellschaftlichen Instabilitäten führen könnten.

Kaum jemand hat sich die Mühe gemacht, einmal genauer nachzuhaken, was hier eigentlich gemessen wird. Zunächst einmal geht es lediglich um die „relative Armut“: Als arm gilt nach gängiger Definition, wessen laufendes verfügbares Einkommen bei weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens (gemessen am gesamtdeutschen Median-Einkommen) liegt. Schon das allein erklärt, weshalb im Konjunkturaufschwung die Armut nicht zurückgeht: Wenn alle Einkommen um einen bestimmten Prozentsatz steigen, erhöht sich auch der Durchschnittswert entsprechend, die Armutsgefährdungsquote bleibt unverändert. Die vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geschürte Empörung darüber, dass der Aufschwung bei den Geringverdienern in unserer Gesellschaft nicht ankomme, ist insoweit nichts weiter als ein Ergebnis des statistischen Konstrukts dieses Indikators.

Ob sich die Armut in Deutschland tatsächlich verhärtet hat, lässt sich hingegen nur feststellen, indem die relative Einkommensposition einer bestimmten Person über die Zeit hinweg betrachtet wird. Entsprechende Analysen hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahresgutachten vorgelegt. Auch wenn diese Untersuchung hinsichtlich Datenquellen und Armutsabgrenzung nicht uneingeschränkt mit dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands vergleichbar ist, so zeigt sich doch: Rund die Hälfte aller Personen in der untersten Einkommensklasse konnte im Zeitraum 2006 bis 2009 in eine höhere Einkommensklasse aufsteigen. Von einer Armutsfalle kann insoweit wohl nicht die Rede sein. Zwar hat dies auch damit zu tun, dass zu den Personen mit niedrigen Einkommen auch Studenten oder Auszubildende gehören, die nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase im Regelfall ein höheres Einkommen erzielen können. Dies relativiert aber nicht nur die Berechnungen des Sachverständigenrates, sondern stellt in gleicher Weise auch ein Argument gegen die unkritische Verwendung der Armutsgefährdungsquote als Verteilungsindikator dar, wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband tut.

Weder der Paritätische Wohlfahrtsverband (der sich wiederum auf Angaben des Statistischen Bundesamtes stützt) noch der Sachverständigenrat berücksichtigen allerdings, dass in Regionen mit geringer Kaufkraft typischerweise auch die Preise für regional gehandelte Güter niedriger liegen als anderswo – insbesondere die Mieten, darüber hinaus aber auch eine Reihe von haushaltsnahen Dienstleistungen. Tatsächlich liegt das regionale Preisniveau in den süddeutschen Ballungszentren nach Berechnungen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung um etwa ein Drittel höher als in den ländlichen, peripher gelegenen Regionen. Zur Vermeidung übereilter Interpretationen wäre es daher sinnvoll, künftig auch „preisniveaubereinigte“ Armutsgefährdungsquoten zu ermitteln.

Ohnehin: Auch wenn die Armutsgefährdungsquote in Teilen Westdeutschlands in den letzten Jahren zugenommen hat, darf nicht übersehen werden, dass es vor allem ostdeutsche Regionen sind, in denen nach den angewandten Kriterien die Armutsgefährdung besonders hoch ist; dies gilt auch für die vermeintlichen Wachstumspole in Sachsen und Thüringen. Hintergrund dessen sind vor allem das insgesamt niedrige Lohnniveau sowie die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern – also Faktoren, die vor allem die regionale Wirtschaftskraft widerspiegeln. Man kann daher nicht ohne Weiteres – wie es der Paritätische Wohlfahrtsverband tut – zur Armutsbekämpfung lediglich Umverteilungsmaßnahmen fordern; wichtiger ist es dafür zu sorgen, dass gerade auch in den strukturschwächeren Regionen Deutschlands ausreichend viele Arbeitsplätze entstehen, die ein adäquates Einkommensniveau gewährleisten können. Mit Umverteilungspolitik ist aber gerade das nicht zu erreichen.

* *Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.*